

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiper.

**Abonnement-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. sabb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, ferner auf dem Centralbureau der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bower, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

Berlin, 4. Juli.\*)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weiter ankündend, haben wir im vorigen Artikel den Charakter der Bourgeoisie-Epoche festgestellt und auf dieser Grundlage die Staatsidee des bürgerlichen Liberalismus entwickelt; wir haben nunmehr heute zu untersuchen, worauf das Streben der Arbeiterklasse hinausläuft und welcher Staatsbegriff hier hervortritt.

Dasjenige, was Lassalle die „Idee des vierten Standes“ nennt, ist, wie er auch hervorhebt, in Wahrheit nichts anderes, als die Idee der nach höchster Entwicklung strebenden Menschheit überhaupt.

Und eben weil sie dies ist und nichts anderes, vielmehr von allen zufälligen historischen Elementen frei ist, eben deshalb können wir sie sofort aus den Grundlagen der Moral und den Grundbegriffen der Vernunft entwickeln.

Nämlich: Jeder Mensch sagt vernünftiger und berechtigter Weise: Ich will möglichst glücklich sein auf Erden.

Dies ist das berechnete egoistische Element. Da dies aber ein jeder sagt, und ein jeder allen Andern zugeben muß, daß diese es mit derselben Berechnung sagen, wie er selbst, so muß der Satz nunmehr lauten: Alle Menschen sollen möglichst glücklich sein auf Erden.

Dies ist die Berechnung des ethischen mit dem berechtigten egoistischen Element.

Worauf nun bestehen Glück und Zufriedenheit? Glücklich sein heißt: Leiden fern halten, Bedürfnisse haben und diese befriedigen.

Zur Herstellung dieser beiden Postulate wirken zusammen ein subjectiver (d. h. ein im Innern des Menschen befindlicher oder wenigstens seiner Person anhängender) und ein objectiver (d. h. außerhalb des Menschen befindlicher) Factor.

1) Die subjective Seite der Sache: Die Menschen kommen mit äußerst verschiedener Körperbeschaffenheit und ebenso verschiedenen Temperaments- und Intellectualanlagen auf die Welt. Je nachdem diese Anlagen und Eigenschaften geartet sind, befähigen sie den Menschen zu größerem oder geringerem Glück.

2) Die objective Seite der Sache: Sowohl um Leiden fern zu halten, als auch um Bedürfnisse zu befriedigen, muß das Subject mit äußeren Objecten in Beziehung treten. Der Ge-

\*) Zu Anfang des vorigen Artikels sind in sinnförender, oder vielmehr gedankengangsförender Weise zwei Absätze verfaßt. Der mit den Worten „Auch wird sich sodann“ beginnende Absatz muß nämlich nicht vor, sondern nach dem mit den Worten: „Die Beantwortung dieser Frage“ beginnenden Absatz stehen.

brauch und der Genuß dieser äußeren Objecte sind überaus verschiedenartig — irgend welche Beziehung des Subjects zu irgend welchen Objecten aber ist immer nöthig.

Je mehr nun einer gesellschaftlich in der Lage ist, mit äußeren Objecten beliebig, seinem individuellen Begehren nach, zu verfahren, desto glücklicher ist er.

Schlufsergebniß: Der subjective und der objective Factor in ihrer Vereinigung bestimmen den Grad des Glückes eines Menschen.

Jeder nun dieser beiden Factoren ist nicht nur vor Verschlechterung bewahrbar, sondern auch theilweiser Bervollkommnung fähig.

Es ist nämlich, zunächst den subjectiven Factor betreffend, zwar nicht möglich, einem Menschen günstigere Personal-Eigenschaften zu geben, als ihm angeboren sind; wohl aber ist es möglich, sein körperliches Wohlbefinden zu fördern, sowie auch, die vorhandenen intellectuellen Fähigkeiten zu wecken, zu nähren, zu stärken, zu entfalten. Dies geschieht systematisch durch die Erziehung, ohne System, aber ebenso wirksam durch den beständigen Einfluß einer günstigen Umgebung, sowohl der engeren wie der weiteren.

Den objectiven Factor betreffend müßte der Organismus der Gesellschaft so eingerichtet sein, daß einmal alle vernünftiger Weise zu begehrenden Objecte hinreichend vorhanden wären, und zweitens — weil Alle gleichen Anspruch haben — allen Individuen die Werthobjecte und die werthhabenden Einrichtungen gleichmäßig zugänglich wären.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich: daß ein jeder bestimmte Rechte an die Gesellschaft hat.

Die Rehrseite dieses Verhältnisses besteht darin: daß ein jeder ihr gegenüber auch Pflichten hat.

Jene Rechte sind selbstverständliche, absolute, unveräußerliche — ein Außer-Wirkfamkeit-Treten derselben ist nur möglich durch eigene Schuld vermöge Nichterfüllung der ihnen entsprechenden Pflichten.

Man sieht: bei dieser ganzen Entwicklung ist nur die Rede von Menschen und nicht etwa von Arbeitern. Wenn trotzdem im praktischen Kampfe, in dem wir stehen, fortwährend die Rede ist von einer Arbeiterklasse, einer Arbeiterpartei, einer „Idee des Arbeiterstandes“ u. dgl., so rührt dies lediglich daher, daß lediglich die Arbeitenden als Menschen schlechtthin, ohne daß irgend welches besondere, den Keim zukünftiger Sonderstellung oder Bevorzugung in sich tragende Element mit ihnen verbunden wäre, social-politisch in Betracht kommen. Theoretisch richtig wäre es allerdings, wenn man statt „Arbeiterpartei“ etwa „Menschheitspartei“ sagen würde; allein solche theoretische Genauigkeit könnte praktisch von erheblichem Schaden sein. Denn es kommt zunächst darauf an, daß die Arbeitenden deutlich einsehen, daß sie allein das rein menschliche Element in der Gesellschaft bilden

und trotzdem von andern Elementen darniedergehalten und verkürzt werden; d. h. daß sie ihre Klassenlage und insbesondere dies erkennen: daß gerade sie als Klasse berufen sind, die neue Ordnung herzustellen. Darum „Arbeiterpartei“!

Fassen wir nunmehr den neuen Gesellschafts- und Staatsbegriff in wenige Worte zusammen!

Die Gesellschaft soll sein:

das planmäßige Zusammenwirken Aller zur Ermöglichung eines menschenwürdigen Daseins für Alle.

Der Staat soll sein:

die zur fortwährenden Verwirklichung dieses Zwecks erforderliche äußere Organisation.

Und nun, nachdem auch dies feststeht, wollen wir zurückgreifen auf die große Bewegung von 1789 und es wird sich ergeben:

einmal: wie diese Bewegung zur Sache der Arbeiterklasse d. h. der Menschheit und der Zukunft sich verhält;

und ferner insbesondere — was ja der eigentliche Streitpunkt ist —: ob die Arbeiterpartei eine Verfeinerung der Principien von 1789 für zulässig erachten kann.

Berlin, 4. Juli.

Ueber Liberalismus und Socialismus schreibt uns heute, offenbar auf Veranlassung der in diesem Blatte in Betreff der Principien von 1789 geführten Polemik, unser Pariser H-Correspondent, Herr M. Hess, dieser altbewährte Kämpfer für die social-demokratische Sache, aus Paris vom 2. Juli in treffender Weise wie folgt:

Wie oft hat man schon seit der auf die Revolution von 1848 gefolgten Reaction den Socialismus todt gesagt! Wie unverschämt hat nicht, so lange die Reaction nur einer zahmen liberalen Opposition erlaubte, ihre loyalen Sauser auszu stoßen, dieser Liberalismus den Socialismus verleumdete, verhöhnt und sich höchstens zu einer großmüthigen Grabrede auf den Todten herabgelassen! Kaum aber fängt die europäische Gesellschaft wieder an, in ihr normales Geleise der Entwicklung einzutreten, statt zurück zu laufen, fortzuschreiten: so tritt auch wieder das sociale Problem in den Vordergrund und durchdringt die europäischen Völker, tiefer und allgemeiner als jemals. Aber kann denn überhaupt eine ernste politische Bewegung, wenn sie auch nur das Banner des Liberalismus zur Fahne hat, von der socialen Bewegung getrennt werden? Eben so wenig, davon überzeuge man sich doch endlich, als die Letztere von der Erstern. Wenn das Streben nach individueller Freiheit ein alles Leben beherrschender Trieb, nicht bloß dem Menschen allein eigen ist, so nimmt dieser allgemeine Lebenstrieb doch nothwendig bei dem Menschen, der alles, was er vor dem Thier voraus hat, der Gesellschaft, der Geschichte verdankt, einen socialen Charakter an, und zwar einen ganz be-

stimmten, der historischen Epoche entsprechend, in welchem er sich geltend macht. - Nichts ist daher falscher, als den Trieb nach Freiheit, den wirklichen Liberalismus, dem Socialismus entgegen zu stellen. Der Letztere ist vielmehr die historische Form, in der sich heute das Streben nach Freiheit geltend macht. Der Staat, die Nation, das Volk bedeutet heute eben nichts Anderes als die arbeitende Gesellschaft. Das Streben nach Freiheit ist heute das Bestreben der Arbeit, sich von jedem Drucke zu befreien, der ihrlich auf ihr lastet, und was heute am Schwersten, am Allgemeinsten auf der Arbeit lastet, ist das Kapital. Aber wer sagt denn, daß das Kapital der einzige Feind der Arbeit ist? Es ist eben nur das letzte weltgeschichtliche Hinderniß der menschlichen oder socialen Freiheit; aber es existiren neben ihm auch noch andre, von frühern geschichtlichen Epochen her datirende, die gleichzeitig mit dem letzten Hinderniß hinweggeräumt werden müssen, wenn der Arbeiter, d. h. der heutige, der moderne Staatsbürger, seine Freiheit erreichen will. Diese Gleichzeitigkeit muß scharf betont werden. Wenn man sich noch vor Jahrzehnten darüber täuschen konnte, wenn es noch im Jahre 1848 hier in Frankreich hieß: zuerst die Republik, dann die demokratische, und schließlich die sociale, so macht sich heute weder in Frankreich, noch in England, und hoffen wir auch in Deutschland, kein entschiedener Volksmann, gleichviel zu welcher Klasse er gehört, die Illusion, als könnte noch eine gründliche politische Reform im Sinne der Volksfreiheit ohne eine ebenso gründliche sociale vor sich geben. Den umgekehrten Verlauf, nämlich die höchste, die sociale Freiheit vor der bloß politischen Regierungsreform und ohne dieselbe erringen zu können, daran hat nie ein ehrlicher und intelligenter Mensch gedacht, wenn es auch nicht immer und bei jeder Gelegenheit ausgesprochen werden konnte. Es bereiten sich in diesem Augenblicke hier, wie in England, Ereignisse vor, welche den Beweis liefern werden, daß die politischen und socialen Freiheitsbestrebungen gleichzeitig wieder an Kraft gewinnen. Wir sehen hier vor den allgemeinen Municipalwahlen, in England vor den Parlamentwahlen, und ich müßte mich sehr täuschen, wenn nicht diesseits und jenseits des Kanals das Volk bei dieser Gelegenheit zeigen wird, daß es mit dem allgemeinen und direkten Wahlrecht Ernst machen will, daß es hier bei den Municipalwahlen die ökonomische Frage nicht, wie der Minister des Innern will, von der politischen, und daß es in England, bei den Parlamentwahlen, nicht die Letztere von der Erstern trennt. Ich müßte mich sehr irren, sage ich, wenn die Ereignisse dieses Jahres nicht den Beweis lieferten, daß wir an einem großen Wendepunkte in den europäischen Zuständen angelangt sind. —

## Deutschland.

\* **Berlin**, 4. Juli. [Zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit] geben wir unsern Lesern heute die gestern erwähnte Aufzeichnung des Herrn v. Bismarck, welche sofort nach der Unterredung angefertigt wurde, im Wortlaute wieder, wozu es uns gestern an Raum gebrach. Dieselbe lautet:

Ich hatte gehofft, den Erbprinzen von Augustenburg in der Stimmung zu finden, unsere sehr mäßigen Forderungen dankbar zu acceptiren, und kam ihm in diesem Sinne entgegen, als er mich am 1. d. M. Abends gegen 9 Uhr besuchte.

Ich sagte, wir wünschten eine Verständigung mit ihm für den Fall, daß wir seine Ansprüche zu allseitiger Anerkennung zu bringen vermöchten. Unser Hauptinteresse sei das deutsche, nicht das dynastische; möglichst große Abtretungen von Dänemark; daß wir unsere Bemühungen ihm zu widmen bereit wären, unter den Bedingungen, welche die Rücksicht auf das eigene Volk erheische, vor das wir nach einem blutigen Feldzuge nicht mit leeren Händen hinträten könnten.

Er fragte, welches unsere Forderungen seien.

Ich bezog mich auf die sechs Punkte in dem Briefe an Se. Majestät den König, indem ich hinzusetzte, sie ließen sich vielleicht vereinfachen, „Marine-Etablissements“ und „Befestigungen“ zusammenziehen in Gestalt eines Schiffsfabrikals von Eckernförde nach Brunsbüttel mit zwei besetzten Endpunkten an beiden Meeren; eine technische militärische Frage sei, ob das besetzte Eckernförde den

lospiegeligen Bau noch einer Bundesfestung bei Rendsburg ersetzen könne.

Hinzusetzen hätte ich nur:

1) daß für den Fall die beschriebenen Etablissements als Bundes-Anstalten nicht rechtzeitig zu Stande zu bringen wären, der Herzog sich bereit erkläre, die bezeichneten Endpunkte des Kanals an Preußen zu überlassen, nach Analogie des Jahdekanals, in welchem Falle wir uns dann mit dem Bunde über das Gesamtsystem des Küstenbundes verständigen würden; ebenso das Aufsichtsrecht über den Kanal, nach Analogie einer Staats-Eisenbahn;

2) eine Militär-Konvention, eine Marine-Konvention einzuschließen, so daß die Zahl der zur preussischen Flotte zu stellenden Mannschaften von dem Landkontingent in Abzug käme.

Der Erbprinz machte in allen Punkten Schwierigkeiten.

Das Aufsichtsrecht über den Kanal sei ihm in seiner Ausdehnung nicht klar.

Landabtretungen an Preußen werde er vor dem Landtage schwer verantworten können. Jedenfalls müßten dieselben gering und genau begrenzt und vorher annehmbare Grenzen der Herzogthümer gestrichelt sein. Als solche bezeichnet er die Linie der Schener Bucht.

Ich drückte meine Verwunderung aus, da er doch bereit gewesen sei, Glückstadt mit einem dem hamburger Landgebiete entsprechenden Areal abzutreten.

Der Erbprinz bestritt jede Kenntniß eines solchen Planes, war erstaunt über eine so große Abtretung; das hamburger Landgebiet betrage mehrere Quadrat-Meilen. Er müsse auch wissen, ob bei Eckernförde etwa die Stadt gemeint sein solle, oder ein unbauter Fleck; welches die Größe sei, genau definiert; und die specielle Lage. Etwas wirkliche Abtretungen schien er sich höchstens in der Ausdehnung des Jahdegebietes zu denken.

In Betreff einer Militär-Konvention sagte er, die mit Coburg abgeschlossene gehe in manchen Punkten zu weit; es würden daher seinerseits Abänderungen einer gleichartigen Convention gewünscht werden.

Er könne überhaupt mit dergleichen Bedingungen nur vor den Landtag treten, wenn er die vollen Herzogthümer oder doch wenigstens die Grenze von der Schener Bucht ab, nördlich Apenrade, erhalte, sonst nicht. Schlimmliche Bedingungen könne er nicht annehmen. Als solche bezeichnete er: eine südlichere Grenze als die genannte; Schulden für Kriegskosten zu übernehmen und dann noch Landabtretungen; mit einem solchen System könne er nicht vor den Landtag und vor das Volk treten.

In der Diskussion hob er hervor, wir möchten mehr voran hinarbeiten, sein Herz zu gewinnen, als ihn durch feste Abmachungen zu binden; dann werde er preussische Politik machen.

Ich entgegnete, wir hätten gehofft, sein Herz schon gewonnen zu haben.

Er sagte, die Herzogthümer hätten Preußen nicht gerufen; ohne uns würde der Bund die Befreiung der Herzogthümer mit mehr Leichtigkeit unter weniger lästigen Bedingungen bewirkt haben.

Er fragte auch, ob wir über die ihm zu machenden Zusicherungen mit Oesterreich einig wären und hob hervor, daß dies erforderlich sei. Ich verneinte Erstere; mit dem Zufuge, daß wir unter allen Umständen unsere Forderungen aufrecht hielten und mit Oesterreich darüber einig zu werden glaubten.

Gegen zweifelhafte, zu unterzeichnende Abmachungen war offenkundige Aneignung vorhanden. Er wolle nichts versprechen, was er nicht halten könne, also keine Zusagen machen, deren Genehmigung durch die Stände er nicht versichert sei. Letztere werde von dem Umfang der Herzogthümer abhängen; bei Integrität derselben werde sich Manches erreichen lassen, sonst nicht. Ein Vorgefühl der Bereitwilligkeit, sich durch das Botum der Stände von gemachten Zusagen entbinden zu lassen, war unverkennbar.

Schließlich erklärte er einleitend, er wolle sich die Sache in Deltzig überlegen, und betrachte diese Unterredung nur als eine zu gegenseitiger Aufklärung über die Auffassung bestimmte.

Den Gesamteindruck der dreistündigen Unterredung muß ich dahin zusammenfassen, daß der Erbprinz uns nicht mit dankbaren Gefühlen betrachtete, sondern als unvollkommene Mabner, zu deren möglichst unvollständiger Befriedigung er bereit ist, den Beistand der Stände und auch Oesterreichs in Bewegung zu setzen.

Auf meine Andeutung, daß unser Eifer in Förderung der Kandidatur des Prinzen einigermaßen von dem Verhalten Sr. Durchlaucht gegen uns abhängt, erwiderte er mir, daß er in dieser Beziehung keine Besorgniß hege, da die Sache schon zu weit gediehen sei, um noch rückgängig gemacht werden zu können.

Die „Kreuzzeit.“ widerlegt eine Wiener Mittheilung über die von Herrn v. Halbhuter versagte Genehmigung zu militärischem Einschreiten in folgender bemerkenswerther Weise: „Gewiß ist der österröichische Civilkommissarius von Niemand um

seine Genehmigung ersucht worden; denn über die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Ruhe im Lande entscheidet das Militär-Verkommando. Hält dieses ein militärisches Einschreiten für nothwendig, so wird es Heren von Halbhuter schwerlich darüber befragen.“

Aus München wird heute telegraphirt: Die Kammer der Reichsräthe hat den in der Sitzung der Abgeordneten-Kammer vom 2. v. Mts. einstimmig angenommenen Antrag des schleswig-holsteinischen Ausschusses (eine bundesmäßige Lösung der Frage verlangend) in gestriger Sitzung gleichfalls mit Einstimmigkeit angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Außern, Freiherr v. D. Pfordern: Für uns fragt es sich, wenn dem Herzogthum Holstein sein Bundesrecht nicht gewahrt wird, ob es sich dann mit der Ehre und Würde Bayerns vereinbart, in Zukunft seinerseits an seine bundesmäßigen Pflichten sich gebunden zu erachten.

Den „Altonaer Nachrichten“ zufolge hat — wie telegraphisch hierher berichtet wird — der Polizeimeister, Senator Bogel, die Vorstandsmitglieder der verschiedenen hiesigen Vereine auf das Polizeiamt beschieden, wo ihnen unter Aufnahme eines Protokolls unterzagt wurde, zum 6. Juli, dem Geburtsfeste des Erbprinzen von Augustenburg, öffentliche Aufzüge mit Musik zu veranstalten. Der Polizeimeister erklärt dieses Verbot für eine aus nahe liegenden Gründen gebotene Vorsichtsmaßregel.

\* **Wien**, 2. Juli. [Zur Krisis] schreibt die „N. Fr. Pr.“:

So bunt durcheinander auch noch die Gerüchte über die Personalveränderungen in unserem Ministerium schwirren, so viel auch noch bis zur wirklichen Constitution des neuen Ministeriums fiedeln mag: der Grundgedanke der sich eben vollziehenden politischen Metamorphose wird doch schon für ein politisch gebildetes Auge erkennbar. Schwelung vom Februar-Patent zurück zum Oktober-Diplom — das ist die Formel der neuesten Aera. Nur meine man nicht, daß diese Wandlung etwa brutal in die Erscheinung treten wird. —

Der „Botschafter“, das bisherige Organ Schmerling's, ist mit dem Ministerwechsel sehr unzufrieden. Er betrachtet gleichfalls die Februarverfassung und die Reichseinheit als nahezu aufgegeben und fährt fort:

„Das fleißige, erwerbsame, bescheidene aber doch sehr steuerkräftige Bürgerthum der deutsch-slavischen Länder hat wohl den gleichen Anspruch, wie der Adel Ungarn's. Wir waren dem Ausgleich von jeher entschieden zugehört, aber nur dann, wenn er sich auf dem von der Reichsverfassung vorgezeichneten Wege vollzieht. So wie sich Ungarn zu Ende des Jahres 1860 reich klar geworden über das, worauf es sich stützen soll, so müssen auch alle Verfassungsgereunde sich reich in der neuen Situation zurecht finden. Erklären wir uns einmüthig, unbeeinträchtigt durch Fragen zweiten Ranges, welche uns leider zuletzt trennten, für die Rechtscontinuität der Februar-Verfassung, und wir haben in ihr das Mittel, den parlamentarischen Reichseinheitsgedanken ungefährdet einer lebensvollen Zukunft zu überantworten.“

— 4. Juni. Wie der „Wanderer“ erfährt, ist Graf Belcredi definitiv zum Staatsminister an Schmerling's Stelle ernannt. Mit der Leitung des Finanzministeriums soll provisorisch der Unterstaatssekretair Holzgethan betraut werden. Zum Justizminister ist der Handelsgerichts-Präsident Rauke designirt und die Ernennung des Präsidenten des Herrenhauses, Fürsten Auerberg, zum Ministerpräsidenten wahrscheinlich.

Die Aufrechterhaltung einer „gemäßigten Real-Union“ mit Ungarn soll, wie der „Wanderer“ vernimmt, die Basis des politischen Systems des neuen Kabinetts bilden. Der engere Reichsrath soll einberufen werden, sobald der weitere Reichsrath seine Aufgabe beendet haben wird. Es sei Thatsache, daß die weitere Reducirung des Kriegsbudgets bereits beschlossen sei.

**Wiesbaden**, den 3. Juli. [Wahlen.] Bei den stattgehabten Urwahlen für das Abgeordnetenhaus haben die Candidaten der Fortschrittspartei den Sieg errungen.

## Ausland.

\* **Paris**, 2. Jul. [Die Pariser Anleihe. Arbeiter-Angelegenheiten.] Ungeachtet der Anstrengungen, welche gemacht wurden, um die Kammer zu bestimmen, der Regierung endlich ein